Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Postfach 3880, 55028 Mainz

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für
Europa und Eine Welt
Herrn Patrick Kunz, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
**18/6385**
VORLAGE

**BEVOLLMÄCHTIGTE
DES LANDES BEIM BUND
UND FÜR EUROPA
UND MEDIEN**

**Staatssekretärin
Heike Raab**

E-Mail: vz.raab@stk.rlp.de

September 2024

**26. Sitzung des Ausschusses für Europa und Eine Welt am 5. September 2024**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

gemäß Beschlussprotokoll lasse ich Ihnen und den Mitgliedern des Ausschusses die Sprechvermerke zu den Vorlagen 18-6107 „Wahlen in Frankreich“ und 18-6108 „Europastrategie des Ministerpräsidenten“, sowie die schriftlichen Berichte zu den Vorlagen 18-6109 „Grenzüberschreitendes Deutschlandticket“ und 18-6144 „Boykott von EU-Ratspräsidentschaft“ im Nachgang zur 26. Sitzung zukommen.

Mit freundlichen Grüßen

Heike Raab



**Dienstsitz Mainz:**
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

Telefon 06131 / 164100
Telefax 06131 / 164107

**Dienstsitz Berlin:**
Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz
In den Ministergärten 6
10117 Berlin
**Achtung: Neue Telefonnummer**
Telefon 030 / 3743461100
Telefax 030 / 3743461200

**Dienstsitz Brüssel:**
Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz
60, Avenue de Tervueren
1040 Brussels | Belgium

Telefon 0032 / 27369729
Telefax 0032 / 27901333

**26. Sitzung des Ausschusses für Europa und Eine Welt am 5. September 2024**

**<u>TOP 8</u> „Boykott von EU-Ratspräsidentschaft“**

Antrag nach §76 (2) GOLT
Fraktion der AfD
V 18-6144

**S c h r i f t l i c h e r B e r i c h t**

Ungarn hat die rotierende EU-Ratspräsidentschaft von Belgien am 1. Juli 2024 übernommen.

Viktor Orbán hatte sich zu Beginn der EU-Ratspräsidentschaft auf eine selbst erklärte „Friedensmission“ in die Ukraine, nach Russland, China und Florida begeben. Budapest hatte dabei nicht ausdrücklich erklärt, ob diese Missionen im nationalen Rahmen oder im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft durchgeführt wurden. Zudem wurde das Logo der Präsidentschaft für offizielle Kommunikation zu den Reisen verwendet.

Dies stieß auf teils erhebliche Kritik in Brüssel und in einzelnen Mitgliedstaaten.

Die EU-Kommission hatte daraufhin ihre Kommissare aufgefordert, während der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft nicht an informellen Ministertreffen in Ungarn teilzunehmen. Damit protestiert sie gegen die diplomatischen Alleingänge von Ministerpräsident Viktor Orbán.

Die formellen Sitzungen, die normalerweise in Brüssel und Luxemburg stattfinden, sind davon nicht betroffen, da ihre Organisation nicht von der rotierenden Ratspräsidentschaft abhängt.

Infrage stand auch der traditionelle Antrittsbesuch des Kollegiums der Europäischen Kommission in Ungarn.

Der Juristische Dienst des Rates hatte den EU-Abgesandten mitgeteilt, dass Budapests Maßnahmen möglicherweise gegen die Verträge der EU verstoßen würden. Der Schritt folgte auch auf die Entscheidung Schwedens, Finnlands, Polens und der drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen, die informellen Treffen während der ungarischen Ratspräsidentschaft auszulassen.

Eine Reaktion bestand bisher darin, dass die EU-Mitgliedstaaten ihre ministerielle Vertretung bei einigen der informellen Ministertreffen, die bereits stattfanden, herabgestuft haben. Zu einem industriepolitischen Treffen in Budapest kamen nur sieben Minister aus EU-Staaten und kein für das Dossier zuständige Kommissionsmitglied. Das in Budapest geplante informelle Außenministertreffen vom 28. und 29. August hatte Josep Borell, Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsident der Kommission, bereits als formelle Sitzung nach Brüssel verlegen lassen.

Es ist zu erwarten, dass diese Fragen die Atmosphäre in den kommenden Monaten weiter belasten und die Entscheidungsfindung der EU beeinflussen werden.

Die Landesregierung geht nicht davon aus, dass der Boykott der Kommissare dem Ansehen der EU in Europa schadet. Derzeit kann die Landesregierung keine Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz erkennen.